

MEIN STANDPUNKT



Professor Bruno S. Frey,
Universität Zürich

Steuerhinterziehung – was tun?

Niemand zahlt gerne Steuern. Viele versuchen, sich der Steuerpflicht zu entziehen. Steuerbetrug ist in allen Ländern der Welt ein Problem. In einigen Staaten wird die Steuererhebung immer schwieriger, weil immer weniger Bürger bereit sind, ihrer Steuerpflicht nachzukommen. Italien ist nahelegendes Beispiel.

Die Reaktion der Politiker und der Verwaltungsbeamten ist fast immer die gleiche. Ohne grosse weitere Überlegung fordern sie schärfere Kontrollen und härtere Strafen. Auf diese Weise wollen sie die Bürger zwingen, die von ihnen geforderten Steuern auch tatsächlich zu bezahlen. Oft wird diese

schärfere Gangart als einzige Möglichkeit angesehen, das Problem anzugehen.

Steuerhinterziehung lässt sich aber auch auf ganz andere Weise vermindern. Dazu muss man sich jedoch auf die Gründe besinnen, warum Bürger ihrer Steuerpflicht nachkommen, oder eben nicht. Zu diesen Gründen gehört sicher auch die Furcht vor Strafe, wenn man erwischt wird. In empirischen Untersuchungen hat sich allerdings gezeigt, dass sowohl die Wahrscheinlichkeit, entdeckt zu werden, als auch die Höhe der Strafe nur einen geringen Teil des Verhaltens zu erklären vermögen. Wesentlich wichtiger ist das in einem Land bestehende Ausmass an Bürgersinn. Wenn die Bürger ein enges Verhältnis zu «ihrem» Staat haben, sind sie auch weit eher bereit, ihre Steuern ordnungsgemäss zu entrichten.

Wie gross der Bürgersinn ist, ist nicht einfach vorgegeben, sondern lässt sich zumindest langfristig beeinflussen. Zeigt der Staat gegenüber seinen Bürgern Vertrauen, ist der Bürgersinn höher, als wenn der Staat davon ausgeht, dass jedermann immer und überall nur betrügen will. Der wichtigste Ausdruck dieses Vertrauens gegenüber den Bürgern ist das Ausmass der Mitbestimmung an politischen Entscheidungen. Sind Volksabstimmungen in vielen Sachfragen möglich und können die Bürger in einer direkten Demokratie relativ einfach ein Referendum oder eine Initiative lancieren, fühlen sie sich ernst genommen, und der Bürgersinn wird ausgeprägt sein. Gleichzeitig können die Bürger wesentlich darauf Einfluss nehmen, zu welchen Zwecken die Steuermittel verwendet werden. Entsprechend sind sie eher bereit, die für die öffentliche Tätigkeit notwendigen Steuern zu

bezahlen. Allerdings müssen sie auch die Gewissheit haben, dass die andern Personen und Firmen ihrer Steuerpflicht ebenfalls nachkommen und ihre Bereitwilligkeit somit nicht ausgenützt wird.

Neue Forschungsergebnisse, die ich zusammen mit Werner Pommerehne erarbeitet habe, zeigen, dass diese Zusammenhänge auch für die Schweiz gelten. Wir haben die Schweizer Kantone in zwei Gruppen aufgeteilt: besonders direkt-demokratische und eher repräsentative. Es zeigt sich, dass in Kantonen mit grösseren Möglichkeiten zur politischen Beteiligung die Steuerhinterziehung um rund 8 Prozent geringer war. Pro Steuerzahler und Jahr werden etwa

2000 Franken weniger entzogen.

Dieses Ergebnis ist über den Bereich der Steuern hinaus bedeutsam. Eine auf gegenseitiges Vertrauen aufbauende Beziehung zwischen Bürgern und Staat ist ganz allgemein produktiv. So können nämlich hohe Überwachungs- und Kontrollkosten eingespart werden. Die prinzipielle Bereitschaft der Bürger, staatliche Vorschriften einzuhalten, ist dort besonders wichtig, wo es für die staatlichen Organe viel zu kostspielig wäre, eine lückenlose Überwachung auch nur zu versuchen. Gute Beispiele dafür sind Geschwindigkeitsbeschränkungen oder Vorschriften zur Bewahrung der Umwelt. Gerade in diesen Bereichen muss sich der Staat davor hüten, die Bürger allzu sehr zu gängeln, die Bürger allzu sehr zu gängeln. Die einzige Möglichkeit, diese Entwicklung aufzuhalten, besteht darin, die direkt-demokratischen Institutionen zu verstärken. In der Schweiz befinden wir uns in dieser Hinsicht in einer beneidenswerten Lage. Tatsächlich ist in unserem Land die Steuerhinterziehung wesentlich geringer als in anderen Staaten. Hingegen ist sie beispielsweise in Italien, wo bis heute die wesentlichen Entscheidungen über die Verwendung der Steuereinnahmen weit entfernt vom Bürger von der zentralen Administration getroffen werden, sehr hoch.

Dass die direkte Demokratie die Staatsform der Zukunft ist, bestätigt sich somit auch hinsichtlich der Besteuerung. Für die meisten Staaten der Welt lässt sie sich aber bestenfalls im nächsten Jahrhundert verwirklichen. Einen möglichen Weg dazu aufzuzeigen wäre ein wichtiger – und leider in der schweizerischen Aussenpolitik zu wenig betonter – Beitrag.

«Haben die Bürger ein enges Verhältnis zu 'ihrem' Staat, sind sie eher bereit, Steuern zu entrichten»

Nächste Woche: Prof. Thomas von Ungern Sternberg